

"Ich bin für maximalen Widerstand bereit. Das BZÖ wird niemals für einen Regelverstoß oder einen Verfassungsbruch der rot-schwarzen Bundesregierung zur Verfügung stehen. Wir werden alle parlamentarischen Möglichkeiten ausschöpfen, damit die Regierung gezwungen wird, das Gesetz einzuhalten und das Budget rechtzeitig zehn Wochen vor Beginn des Finanzjahres vorzulegen", betont BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher. Am ersten Plenartag werde es Gespräche der Oppositionsparteichefs geben, um die Maßnahmen im Sommer zu beraten.

Die Bundesregierung greife zum Mittel des Verfassungsbruches, um die Bekanntgabe von Grauslichkeiten, wie neuen Massensteuern und Steuererhöhungen bis nach den Landtagswahlen in der Steiermark und in Wien hinauszuzögern und die Bürgerinnen und Bürger zu täuschen. "Diese Budgetverschiebung zeigt auch, dass Rot und Schwarz nicht bereit sind, notwendige Reformen in der Verwaltung oder im Gesundheits- und Bildungssystem umzusetzen. Dies wird den Österreicherinnen und Österreichern viel Geld kosten und zahlreiche Belastungen für die Menschen bringen. Bei Rot und Schwarz steht nicht das Wohl des Landes im Vordergrund, sondern das Machtkalkül", warnte Bucher.

Der Bündnisobmann kritisierte, dass mit der von ÖVP-Finanzminister Josef Pröll vorgegebenen Budgetrede im Dezember die Parlamentarier wie Stimmvieh behandelt würden. Es sei einmalig, dass man für die Beratungen im Parlament nur elf Werktag Zeit habe. "Ich appelliere an die Abgeordneten von SPÖ und ÖVP, nicht ihre Selbstachtung zu verlieren. Das ist nicht der neue Parlamentarismus, von dem SPÖ-Klubobmann Cap immer spricht", so Bucher.

Bucher listete die parlamentarischen Möglichkeiten auf und stellte eine Verfassungsklage gegen Pröll, Misstrauensanträge und zahlreiche Sondersitzungen über den Sommer in den Raum. Der Bündnisobmann hat SPÖ-Nationalratspräsidentin Barbara Prammer bereits aufgefordert, dass das Parlament mit den Abgeordneten, dem Rechnungshof und Experten ein eigenes Expertenbudget vorlegt, wenn die Regierung nicht einlenkt.

Als weitere parlamentarische Initiativen kündigte Bucher einen BZÖ-Antrag für die Einrichtung eines Arbeitsamts für Beamte sowie einen Antrag, der die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht vorsieht, an. "Das BZÖ wird auch eine Volksbefragung über ein Rauchverbot in Gastronomiebetrieben und öffentlichen Räumen beantragen, um die Bürgerinnen und Bürger ähnlich wie in Bayern demokratisch entscheiden zu lassen", so Bucher.

Bundespräsident Fischer schweigt zu Verfassungsbruch der Regierung

BZÖ-Bündnisobmann Josef Bucher übt heftige Kritik, dass Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in seiner Angelobungsrede zum Verfassungsbruch der rot-schwarzen Bundesregierung beim Budget geschwiegen hat. "Ich hätte mir vom Bundespräsidenten erwartet, dass er klar Stellung zur verfassungswidrigen Verschiebung des Budgets durch Pröll und Faymann bezieht. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, nur um die Menschen zu belügen und um Einsparungen und massive Steuererhöhungen vor den zwei Landtagswahlen zu verschweigen, ist der Bundespräsident gefordert, einzuschreiten. Dies ist nicht passiert. Die heutige Rede des Herrn Bundespräsidenten war somit eine herbe Enttäuschung", betont Bucher.

Anstatt in Zeiten der Wirtschaftskrise zu erörtern und vorzugeben, wie sich Österreich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten entwickeln soll, habe sich der Bundespräsident mit der Ortstafel-Causa an einem Seitenthema festgekrallt, das auf das Leben der Österreicherinnen und Österreicher kaum Auswirkungen habe. "Ich weise den Bundespräsidenten darauf hin, dass es seine Partei, die SPÖ, war, die 2006 eine dauerhafte Lösung im Ortstafelkonflikt verhindert hat", so Bucher.